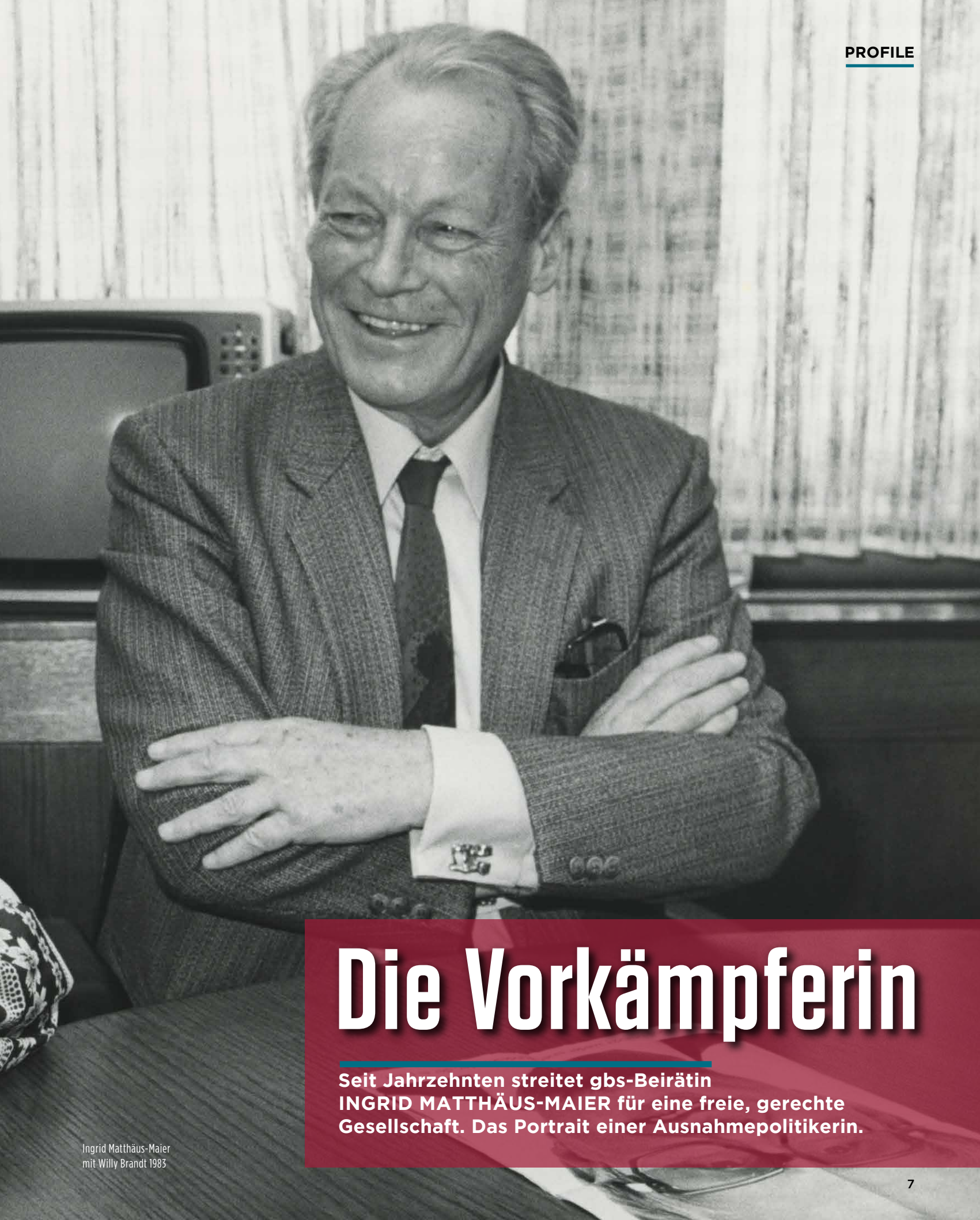






Die Vorkämpferin

Seit Jahrzehnten streitet gbs-Beirätin **INGRID MATTHÄUS-MAIER** für eine freie, gerechte Gesellschaft. Das Portrait einer Ausnahmepolitikerin.

Ingrid Matthäus-Maier
mit Willy Brandt 1983

Der 5. November 1982 ist zweifellos einer der schwersten Momente in ihrer politischen Karriere: Als Ingrid Matthäus-Maier beim 33. Bundestag der FDP ans Rednerpult schreitet und ihren sofortigen Austritt aus der Partei sowie die Niederlegung sämtlicher Ämter verkündet, markiert dies eine harte Zäsur nicht nur in ihrem eigenen Leben, sondern auch in der Geschichte des Liberalismus in Deutschland. Denn kaum jemand hat das progressive, sozial-liberale Denken, das in den 1970er Jahren zu einer enormen Verbesserung der Bürger*innenrechte führte (etwa im Hinblick auf sexuelle Selbstbestimmung oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau), so sehr verkörpert wie die junge Politikerin, die im Alter von 27 Jahren in den FDP-Parteivorstand gewählt wird und sich im Deutschen Bundestag so viel Anerkennung erwirbt, dass sie 1979 den Vorsitz des Finanzausschusses übernehmen kann.

Der Name Ingrid Matthäus-Maier, das wissen die Delegierten dieses dramatisch verlaufenden FDP-Parteitags, steht für klare Haltung und klare Worte. Daher rechnet Hans-Dietrich Genscher wohl schon damit, dass seine Finanzexpertin den kurz zuvor erfolgten Bruch der Koalition mit Helmut Schmidt und die Einleitung der sogenannten „geistig-moralischen Wende“ an der Seite von Helmut Kohl scharf attackieren wird. Unterschätzt hat der FDP-Vorsitzende und Vize-Kanzler jedoch den Sturm der Entrüstung, den sein Affront gegen die Sozialliberalen innerhalb der Partei auslöst. Noch während Ingrid Matthäus-Maier spricht, stapelt ihr Mann Robert Maier einen Haufen Parteibücher ausgetretener Mitglieder vor Genscher auf. In den nachfolgenden Wochen verlässt jedes vierte Mitglied die FDP und in den kurz darauf folgenden Wahlen stürzt die Partei in mehreren Länderparlamenten unter die 5-Prozent-Hürde.

Ingrid Matthäus-Maier legt ihr Bundestagsmandat nieder und wird wieder Verwaltungsrichterin. Doch zwei zentrale Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie, Willy Brandt und Johannes Rau, überzeugen sie, für die SPD zu kandidieren. 1983 zieht MM, wie ihr Name respektvoll abgekürzt wird, erstmals für die Sozialdemokraten in den Deutschen Bundestag ein. Fünf Jahre später wird sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der Partei, obwohl sie sich stets treu bleibt und als SPD-Politikerin die gleichen sozial-liberalen



Vor dem Eklat: Ingrid Matthäus-Maier mit dem FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher

Positionen vertritt, für die sie sich als FDP-Abgeordnete stark gemacht hat. Mancher Genosse runzelt zwar die Stirn, wenn sie gegen die eigene Fraktion stimmt, aber davon lässt sich MM nicht irritieren: „Laut Verfassung sind die Abgeordneten dem Wohl des gesamten Volkes verpflichtet – nicht dem Wohl ihrer Partei. Daher sollten sie den Mut aufbringen, nach bestem Wissen und Gewissen selbst zu entscheiden, statt blind den Vorgaben der eigenen Fraktion zu folgen.“

Betrachtet man ihren politischen Werdegang, wird klar, gegen welche Widerstände Ingrid Matthäus-Maier ankämpfen musste, denn sie war in vielerlei Hinsicht „die Erste“ – eine Karriere voller feministischer Superlative: Sie war die erste weibliche Vorsitzende der Jugendorganisation einer Bundestagspartei (der *Jungdemokraten*, die wegen ihrer linken, radikaldemokratischen Positionen 1980 von den konservativeren *Jungen Liberalen* abgelöst wurden). Sie war die erste Frau, die einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss leitete – und zwar gleich einen besonders heiklen, ging es beim Ausschuss „Transnuklear“ doch um die Frage der (Un-)Sicherheit von spaltbarem radioaktivem Material. 1989 war MM die erste weibliche Abgeordnete, der das „goldene Mikrofon“ für die beste Bundestagsrede des Jahres verliehen wurde (1998 erhielt sie zudem den *Cicero-Rednerpreis*). Und schließlich war sie ab 2006 die erste Frau an der Spitze einer deutschen Großbank, nämlich der milliarden-schweren *Kreditanstalt für Wiederaufbau* (KfW), was dazu führte, dass sie 2007 als einzige Deutsche in die Liste der „50 mächtigsten Frauen“ des amerikanischen Wirtschaftsmagazins *Fortune* aufgenommen wurde.



Die Abgeordneten sind dem Wohl des gesamten Volkes verpflichtet – nicht dem Wohl ihrer Partei.



Spricht man Ingrid Matthäus-Maier darauf an, winkt sie lachend ab und erklärt im Kölschen Dialekt, den sie gerne nutzt, um ihren Aussagen einen humorvollen Ton zu geben, dass Erfolg nicht bloß auf Fleiß und Können, sondern auch auf Zufall und Glück zurückzuführen sei: „Et es wie et es – un et kütt wie et kütt!“ Trotz aller Spitzenämter ist MM bodenständig geblieben – ein Erbe ihrer Kindheit unter „echten Malochern im Ruhrgebiet“, wie sie meint.

Geboren wird sie am 9. September 1945 in Werlte (Emsland), wohin die Eltern in den letzten Kriegsmonaten evakuiert wurden. Bald zieht die Familie jedoch zurück nach Krefeld und von dort einige Jahre später nach Mülheim an der Ruhr. Die Lebensverhältnisse in der Nachkriegszeit sind karg: „Ohne die CARE-Pakete hätten wir wohl kaum überlebt!“, erinnert sich MM. Eine Erfahrung, die sie viele Jahrzehnte später dazu bringt, den Posten als stellvertretende Kuratoriumsvorsitzende von *CARE Deutschland* zu übernehmen, obgleich sie Ämter dieser Art eigentlich abbauen will.

Da beide Eltern berufstätig sind, müssen sich Ingrid und ihre jüngere Schwester weitgehend selbst organisieren. Um ihren Töchtern eine akademische Laufbahn zu ermöglichen, bringen die Eltern mit aller Not das Schulgeld auf, das für den Besuch eines Gymnasiums gezahlt werden muss. Allerdings gibt es zu dieser Zeit in Mülheim noch kein Gymnasium, das ein Mädchen mit Lateinkenntnissen aufnehmen würde, weshalb Ingrid jeden Morgen mit dem Fahrrad nach Duisburg fahren muss.

Sie macht das Beste daraus und entwickelt sich zu einer Sportskanone, die es als Mittelstreckenläuferin in die Bestenliste des Deutschen Leichtathletikverbandes



Als Politikerin braucht man nicht nur Hirn, sondern auch Hintern.

(DLV) schafft. Dieser Sportsgeist habe ihr später geholfen, meint MM: „Als Politikerin braucht man nicht nur Hirn, sondern auch Hintern! Ansonsten hält man eine Marathonsitzung von morgens früh bis spät in die Nacht gar nicht durch!“

Nach dem Abitur in Duisburg studiert sie ab 1965 zunächst Geschichte, Romanistik und Politologie in Gießen, wechselt dann aber schnell zu Jura, weil sie etwas „Handfestes“ will, um ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. In dieser Zeit trifft sie auch ihren späteren Mann Robert Maier. Die beiden verstehen sich auf Anhieb, sowohl privat als auch weltanschaulich und politisch. Als Robert beschließt, als Mathematiker und Logiker zur Universität Münster zu wechseln, folgt Ingrid ihm. In Münster wachsen sie zusammen zu dem wohl ungewöhnlichsten politischen Paar, das die Bundesrepublik bis dato gesehen hat.



„Organisiert den Widerstand!“. Erste politische Reden bei der APO Münster

In ihrem Elternhaus spielte Politik keine große Rolle, doch in Münster wird Ingrid Matthäus-Maier nachhaltig politisiert.

Die Aufbruchstimmung der Studentenrevolte erreicht auch die westfälische Universitätsstadt: „Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren!“ Ingrid und Robert engagieren sich in der APO, beteiligen sich an Demonstrationen und Versammlungen. Doch in ihren politischen Überzeugungen unterscheiden sie sich von vielen Kommilitoninnen und Kommilitonen.

Denn sie sind sowohl links als auch liberal, kämpfen nicht nur für Gleichheit, sondern auch für Freiheit.

Deshalb treten Ingrid Matthäus und Robert Maier, die noch bis 1974 zum Missfallen der Eltern in „wilder Ehe“ leben, nicht in den *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDS) ein, in dem Leute wie Rudi Dutschke den Ton angeben, sondern in die Humanistische Studentenunion (HSU), die Hochschulorganisation der *Humanistischen Union*. Die HU, die 1961 auf Initiative von Gerhard Szczesny und Fritz Bauer entstanden war, um eine Gegenöffentlichkeit zur herrschenden christlich-konservativen Grundstimmung in der Bundesrepublik zu schaffen, repräsentiert genau das, was dem politischen Gespann Matthäus-Maier vorschwebt: eine klare Orientierung am Ideal der offenen Gesellschaft.

Ingrid und Robert streiten mit großem Engagement sowohl gegen soziale Ungerechtigkeit als auch gegen paternalistische Staatsideologien, welche die Selbstbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger unzulässig einschränken. Mit einem Wort: Sie sind „Sozialliberale der ersten Stunde“ und es gelingt ihnen, den ersten „sozialliberalen AstA“ an der Uni

Münster zu bilden, der zuvor von „schlagenden Verbindungen“ dominiert worden war. Bei der Bundestagswahl 1969 hoffen sie auf einen Sieg von Willy Brandt, der „mehr Demokratie wagen“ will, dafür aber auf die Zusammenarbeit mit den Freien Demokraten unter Walter Scheel angewiesen ist.

Exakt an dem Tag, an dem SPD und FDP Willy Brandt zum Kanzler wählen, treten Ingrid und Robert in die FDP ein. Warum nicht in die SPD? Das haben die beiden im Vorfeld genau analysiert: Da die sozialliberale Koalition mit der FDP als „Zünglein an der Waage“ steht und fällt, müssen progressiv denkende Menschen bei den Liberalen eintreten, damit deren konservativer Flügel nicht Oberhand gewinnt. Zudem ist die FDP eine Partei im



Politisches Power-Duo: Robert Maier und Ingrid Matthäus-Maier

Umbruch, in der junge Kräfte viel bewegen können, und sie verfügt über die wohl kreativste Jugendorganisation aller Bundestagsparteien, die *Jungdemokraten*.

Innerhalb kürzester Zeit steigen Ingrid und Robert innerhalb der Jungdemokraten auf. Robert wird 1971 Vorsitzender der Jungdemokraten NRW, Ingrid 1972 Vorsitzende der Bundesorganisation. Im gleichen Jahr wird sie auch Mitglied des FDP-Bundesvorstandes. Dort macht sie sich gleich an die Arbeit, ihre freiheitliche Agenda umzusetzen. Ein erster großer Erfolg ist, dass es ihr zusammen mit der erfahrenen FDP-Politikerin (und EKD-Synodalen) Liselotte Funcke gelingt, das Positionspapier „Freie Kirche im freien Staat“ durch den Parteitag zu bringen.

Das „FDP-Kirchenpapier“ von 1974 ist zwar nicht ganz so scharf wie das zuvor von Robert Maier maßgeblich verfasste „Kirchenpapier der Jungdemokraten“, aber dennoch beeindruckend: Erstmals in der Geschichte bekennt sich eine Bundestagspartei zur strikten Trennung von Staat und Kirche, zur Abschaffung des Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts für die Kirchen, zur Ersetzung der Kirchensteuer durch ein kircheneigenes Beitragssystem, zur Ablösung der Staatsleistungen sowie zur Aufhebung der bestehenden Staatskirchenverträge und Konkordate – allesamt Forderungen, die bis heute, knapp 50 Jahre später, noch immer nicht erfüllt sind!

Welche Wirkungen das FDP-Kirchenpapier hat, zeigt sich schnell: So verlangt der Münsteraner Bischof Tenhumberg von der NRW-Landesregierung kategorisch, dem katholischen Theologen Horst Herrmann, einem engen Freund von Ingrid und Robert, „u.a. wegen dessen Eintretens für das Kirchenpapier im Fernsehen“ die Lehrerlaubnis an der theologischen Fakultät gemäß dem „preußischen Konkordat“ zu entziehen – was dann 1975 auch geschieht. Etwa zeitgleich versucht der Präsident des Verwaltungsgerichts, Ingrids Ernennung zur Verwaltungsrichterin in Münster trotz bester Noten zu verhindern. Grund auch hier: das FDP-Kirchenpapier! Doch der zuständige OVG-Präsident weist diese unzulässige Einmischung zurück.



Hinter jeder starken Frau
steht ein starker Mann!

Im Jahr zuvor (1974) heiraten Robert Maier und Ingrid Matthäus vor dem Standesamt in Münster – und auch dieser Vorgang verrät viel über die kämpferische Frau M., die an diesem Tag zu Frau MM werden sollte, es aber beinahe gar nicht geworden wäre. Denn der Standesbeamte hat nach alter Sitte den Familiennamen „Maier“ eingetragen, wogegen sich die angehende Volljuristin mit Händen und Füßen wehrt: „Ich werde dieses Zimmer nicht als Frau Maier verlassen!“ Mit Nachdruck erklärt sie dem Standesbeamten, dass Frauen neuerdings das Recht haben, einen Doppelnamen zu tragen. Allerdings muss der weibliche Geburtsname zu diesem Zeitpunkt noch dem Männernamen nachgestellt werden („Maier-Matthäus“), da es sich angeblich nicht schickt, den Mann erst an zweiter Stelle zu nennen. So etwas ist erst 1976 nach einer erneuten Reform des Namensrechts möglich. Umgehend nimmt MM die Korrektur vor. Schon der Name „Matthäus-Maier“ ist eine Kampfansage an die patriarchalen Verhältnisse.

Nach der Bundestagswahl 1976 zieht Ingrid Matthäus-Maier als FDP-Abgeordnete in den Deutschen Bundestag ein, wodurch sich der Lebensmittelpunkt der Familie ins Rheinland verlagert. Frauen gibt es im Bonner Parlament nur sehr wenige – und junge Frauen (Ingrid ist zum Zeitpunkt der Wahl 31 Jahre alt) schon gar nicht. Den gängigen Geschlechterstereotypen zufolge erwartet man, dass sie sich um die „weichen“ Themen „Bildung“, „Erziehung“, „Kultur“, „Familie“ kümmert, doch MM zieht, unterstützt von ihrer Co-Autorin Liselotte Funke, das „harte“ Finanzthema vor: „Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts – und das gilt besonders in der Politik! Wer über die Finanztöpfe entscheidet, hat Einfluss darauf, was später auf den Tisch kommt!“

Wegen ihrer markanten Frisur, die sich über die Jahrzehnte wenig ändert (die Haare werden nur ein wenig kürzer), tauft sie die Presse etwas despektierlich



MM mit Tochter Helen und Bundespräsident Walter Scheel

„Prinzessin Eisenherz“. Aufgrund ihrer Sachkompetenz gewinnt sie aber zunehmend an Respekt, spätestens als sie 1979 – im Alter von 34 Jahren – zur Vorsitzenden des mächtigen Finanzausschusses gewählt wird. Im Jahr zuvor hatte sie ihre Tochter Helen zur Welt gebracht, 1980 folgt der Sohn Robert Matthäus (!) Maier – auch dies ein Novum im Deutschen Bundestag, denn Ingrid Matthäus-Maier ist die erste Bundestagsabgeordnete, die ihre Kinder zwischen den Sitzungen stillt und damit belegt, dass sich der Beruf der Politikerin sehr wohl mit dem Muttersein verbinden lässt.



Allerdings betont MM, dass dies ohne die Unterstützung ihres Mannes nicht möglich gewesen wäre: „Hinter jeder starken Frau steht ein starker Mann!“, scherzt sie. „Ich weiß natürlich, dass dies nicht auf alle zutrifft, ich aber hätte es ohne Robert nie so weit gebracht. Wir waren ein perfektes Team!“ Nach der Geburt des Sohnes gibt Robert Maier sogar seine Stelle als Mathematiker auf und kümmert sich um Haushalt und Kinder. Magazine bringen Homestorys über den „ersten Hausmann der Republik“. Sehr viel später urteilt EMMA, dass Ingrid Matthäus-Maier als eine von wenigen Politikerinnen nicht nur für die Emanzipation der Frau stritt, sondern sie auch gemeinsam mit ihrem Mann vorlebte.

Die Unterstützung, die Ingrid von Robert erhält, bezieht sich allerdings nicht nur auf den privaten, sondern auch auf den politischen Bereich. Im Laufe der Zeit hat sich in dem politischen Power-Duo Matthäus-Maier eine effektive Arbeitsteilung ausgebildet: Robert, der vielbellesene Theoretiker und Strategie, analysiert die Argumente einer Debatte im Hinblick auf ihre logische Konsistenz und ihre langfristigen Folgen, Ingrid, die politische Pragmatikerin, wägt sie mit Blick auf die aktuellen Machtverhältnisse ab und bringt sie in ihren Reden überzeugend auf den Punkt.

”

**Ich werde dieses Zimmer
nicht als Frau Maier verlassen!**

Und so ist Robert Maier auch involviert, als sich MM im Januar 1990 – zu diesem Zeitpunkt bereits finanzpolitische Sprecherin der SPD – mit dem spektakulären Vorschlag an die Öffentlichkeit wagt, die DDR-Mark sehr bald durch die D-Mark zu ersetzen: „Damals haben mich viele für verrückt gehalten, aber wir waren uns sicher, dass man den Massenexodus aus der DDR auf anderem Wege gar nicht stoppen kann. Glücklicherweise sind die Kritiker meines Vorschlags dann doch recht schnell umgeschwenkt – auch Helmut Kohl und sein Finanzminister Theo Waigel. Durch die ‚Währungsunion‘ entspannte sich die Lage. Ich bin froh, dass uns die später erfolgte Wiedervereinigung ohne Blutvergießen gelungen ist, und dankbar, dass ich daran mitwirken durfte.“

In den 1990er Jahren gilt MM als die heißeste SPD-Kandidatin für das Bundesfinanzministerium, doch als Gerhard Schröder 1998 die Wahl für die SPD gewinnt, wird nicht sie, sondern Oskar Lafontaine Finanzminister. Ist sie deshalb erbost? Sie schüttelt den Kopf: „Nein, Oskar und ich haben das damals in einem sehr freundlichen Telefonat abgeklärt. Zudem habe ich ihn, da ich die problematischen Staatsfinanzen genau kannte, um den schwierigen Posten des Finanzministers gar nicht beneidet.“

„
Wer über die Finanztöpfe entscheidet,
hat Einfluss darauf,
was später auf den Tisch kommt.“

Statt ins Bundesfinanzministerium wechselt MM 1999 in den Vorstand der *Kreditanstalt für Wiederaufbau* (KfW), wo sie im Dezember 2005 zur Vorstandssprecherin gewählt wird. Die Arbeit in der weltweit größten nationalen Förderbank ist eine willkommene Herausforderung. Noch heute freut sie sich, wenn sie durch Ostdeutschland fährt und die vielen sanierten Häuser und Infrastruktureinrichtungen sieht, die nur durch KfW-Kredite finanziert werden konnten. Wichtig ist ihr auch, dass die KfW in ihrer Zeit zum international bedeutendsten Finanzierer von „Mikrokrediten“ wurde, was vor allem Frauen in den Entwicklungsländern geholfen hat.

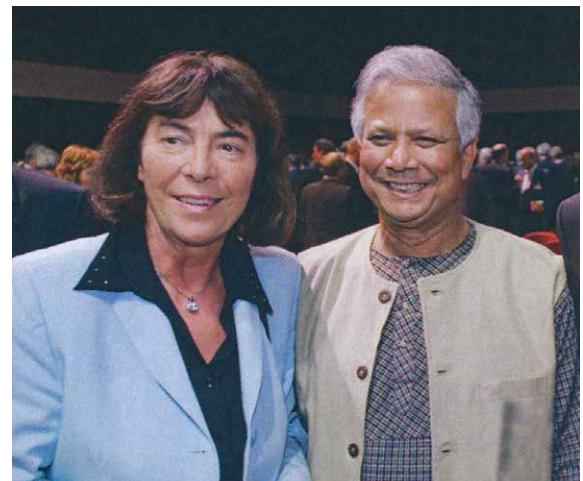
MM bringt frischen Wind in die Nadelstreifen-Welt der Topbanker. „Endlich mal ein Mensch an der Spitze dieser Kreditmaschinen“, formuliert es ein Frankfurter Finanzexperte. Doch die Bankenkrise 2007/2008 bereitet dieser Ära ein jähes Ende. Zwar hat sich die staatliche KfW keineswegs verzockt, wohl aber die private IKB-Bank (Deutsche Industriebank), bei der die KfW große Anteile hält. MM ist zwar nicht in die Gremien der IKB involviert, soll aber die Verantwortung für deren Missmanagement tragen. Die politischen Störmanöver werden so massiv, dass MM sich genötigt sieht, im April 2008 von ihrem Vorstandsposten zurückzutreten.



Mit Wladimir Putin und Angela Merkel bei einer Vertragsunterzeichnung, Dresden 2006



Politisches Spitzentreffen mit der Bundeskanzlerin 2007



2007 in Bangladesch mit dem Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus, dessen „Mikrokredit“-Konzept MM unterstützte

Die Hintergründe der Affäre empören sie bis heute: „Die Verantwortlichen für das IKB/KfW-Desaster waren neben den Zockern im IKB-Vorstand insbesondere Josef Ackermann von der *Deutschen Bank*, der der IKB gefährliche Ramschpapiere andrehete, und später – bei der Abwicklung der Krise – der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der Ackermanns Verhalten nicht nur beschönigte, sondern die KfW auch noch dazu zwang, für den entstandenen Schaden aufzukommen. Eigentlich bin ich nicht besonders nachtragend, aber diesen beiden Herren würde ich heute nicht mehr die Hand schütteln!“

Was macht man, wenn man so lange gewohnt war, ein großes Rad zu drehen? Ingrid Matthäus-Maier liest viel, reist, treibt Sport, aber auf Dauer ist das nicht genug. Sie erinnert sich an ihre Anfangszeit in der *Humanistischen Union*, als sie sich für mehr Säkularität in der Gesellschaft einsetzte. Ist es nicht an der Zeit, nach der Emanzipation der Frau die Emanzipation der Konfessionsfreien voranzutreiben? Auf Anregung ihres Sohnes stößt sie 2009 auf die fünf Jahre zuvor gegründete *Giordano-Bruno-Stiftung*. Und offenkundig besteht die gbs den Tauglichkeitstest des „Maierschen Familienrats“, denn direkt hintereinander beantragen alle vier Familienmitglieder die Aufnahme in den Förderkreis der Stiftung – etwas, das in der gbs-Geschichte nicht gerade häufig vorgekommen ist.



... die Maiers machen keine halben Sachen!

Öffentlich in Erscheinung treten die Maiers noch im selben Jahr als „Paten“ des großen gbs-Festakts zum 200. Geburtstag von Charles Darwin in der Deutschen Nationalbibliothek. Wenig später wird Ingrid in den Beirat und Robert in das Kuratorium der Stiftung berufen. „Zwei der klügsten Entscheidungen, die wir in den letzten Jahren getroffen haben“, heißt es dazu aus dem gbs-Vorstand, „denn die Maiers machen keine halben Sachen!“

Während Robert den Vorstand bei der Weiterentwicklung der Stiftung berät, erobert Ingrid die Podien als humanistische Vorkämpferin: 2010 leitet sie die Pressekonferenz des *Vereins ehemaliger Heimkinder* im Haus der Bundespressekonferenz, mit der die gbs auf die Schicksale der misshandelten und missbrauchten Heim- und Internatskinder aufmerksam macht. Wenig später engagiert sie sich in der „Kampagne zur Ablösung der historischen Staatsleistungen an die Kirchen“, ein Thema, das sie schon beim FDP-Kirchenpapier auf den Punkt gebracht hatte. Ab 2012 ist sie Sprecherin der „Kampagne gegen religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz“ (GerDiA), ab 2014 zudem Sprecherin der Sterbehilfe-Kampagne „Mein Ende gehört mir!“



2014 stellte Ingrid Matthäus-Maier die Leitsätze einer humanen Sterbehilfe im Haus der Bundespressekonferenz vor. Hier zusammen mit Johann-Albrecht Haupt (HU), Gita Neumann (HVD), Elke Baezner (DGHS) und ihrem gbs-Kollegen Uwe-Christian Arnold



Veranstaltung im Meistersaal Berlin: MM mit den Stiftungskolleg*innen Michael Schmidt-Salomon, Philipp Möller, Jacqueline Neumann und Carsten Frey

2016 zieht MM als Vertreterin der Konfessionsfreien in den *WDR-Rundfunkrat*, wo sie wenig später zur stellvertretenden Vorsitzenden des Finanzausschusses gewählt wird. 2017 gehört sie zu den Gründungsmitgliedern des *Instituts für Weltanschauungsrecht (ifw)*, 2018 zählt sie zu den Referent*innen der „Säkularen Woche der Menschenrechte“ anlässlich des 70. Jubiläums der Verabschiedung der UN-Menschenrechtserklärung und 2019 steht sie im Mittelpunkt des großen ifw-Festakts zum 70. Geburtstag des deutschen Grundgesetzes.



**Die Verfassungswirklichkeit hinkt
dem Verfassungstext weit hinterher!**

Es gibt wohl keinen größeren Fan des Grundgesetzes als Ingrid Matthäus-Maier. Bei ihren Vorträgen hat sie stets Exemplare des Verfassungstextes dabei, um sie im Publikum zu verteilen: „Den meisten ist gar nicht bewusst, wie hervorragend die deutsche Verfassung im in-

ternationalen Vergleich ist. Es gibt weltweit kaum etwas Besseres. Leider aber hinkt die deutsche Verfassungswirklichkeit, also die gesellschaftliche und politische Realität, dem Verfassungstext weit hinterher. In dieser Hinsicht gibt es – trotz der Erfolge der letzten Jahre – noch immer viel zu tun!“

Sie selbst will sich mit ihren inzwischen 75 Jahren allerdings etwas mehr Ruhe gönnen. Bewusst nimmt sie sich Zeit für ihre vier Enkelkinder. Doch ganz loslassen kann sie von der Politik nicht: „Das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Sterbehilfe vom Februar 2020 hat gezeigt, dass es sich lohnt, für Freiheitsrechte zu kämpfen. Ich hoffe, dass das Gericht beim kirchlichen Arbeitsrecht und bei der Informationsfreiheit von Ärztinnen wie Kristina Hänel ähnlich fortschrittlich entscheiden wird. Es wäre ein Skandal, wenn die Kirchen das Gericht noch einmal auf ihre Seite ziehen könnten – so wie es 1974 geschehen ist, als die Fristenlösung der sozialliberalen Koalition in Karlsruhe gekippt und der Schwangerschaftsabbruch wieder kriminalisiert wurde.“ ■

» Lassen Sie Frauen entscheiden, nicht Staatsanwälte und Richter! «

Aus der Bundestagsrede zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs (MM, 25.6.1992)

(...) Der § 218 war der *wirkungsloseste* Strafrechtsparagraph, was den Schutz des werdenden Lebens anging, aber er war einer der *wirkungsvollsten*, was die Demütigung, die Verängstigung, die Einschüchterung, die Verzweiflung bis hin zum Tod von Frauen betrifft! Generationen von Frauen haben unter ihm gelitten. Ich erinnere mich noch gut, als wir Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre — ich war damals junge Studentin — Unterschriften gegen den § 218 sammelten. (...) Alte und ganz alte Frauen kamen an die Stände und sagten: Ich will auch mit unterschreiben; ihr jungen Frauen sollt es einmal besser haben, als wir es hatten. (...) Wir, die wir den Gruppenantrag eingebracht haben, gehen einen anderen Weg. Er heißt „Hilfe statt Strafe“, und wir halten ihn für wirkungsvoller sowohl für den Schutz des werdenden Lebens als auch für die Würde und Gesundheit der Frauen. Dazu gehört *erstens*: Ungewollte Schwangerschaften müssen möglichst verhindert werden. Umfassende Aufklärung, Sexualunterricht in der Schule und ungehinderter Zugang zu Verhütungsmitteln gehören dazu. Ich habe nie ver-

**» Wenn Frauen
im Bundestag
die Mehrheit hätten,
gäbe es den § 218
schon längst
nicht mehr! «**

standen, warum es so oft die gleichen waren, die *einerseits* für scharfe Bestrafung der Frauen eintreten, *andererseits* aber zugleich eine moderne Sexualaufklärung oder wirksame Verhütungsmittel wie die Pille bekämpft haben!

Zweitens gehören bezahlbarer Wohnraum und Krippenplätze zu dem Hilfsangebot für werdende Mütter. (...) Auch wenn sich seit Tucholskys Zeiten viel geändert hat, so gilt doch auch heute noch, dass der Staat sich mehr um den Schutz des *ungeborenen* als des *geborenen* Lebens kümmert. Und das wollen wir ändern, meine Damen und Herren!

Deswegen lassen Sie mich abschließen: Viele Frauen in unserem Lande haben das, wie ich glaube, richtige Gefühl: Wenn Frauen im Bundestag die Mehrheit hätten, gäbe es den § 218 schon längst nicht mehr! Ich appelliere deswegen gerade auch an die Kollegen: Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Gruppenantrag zu. Werdendes Leben kann man nur *mit* der Mutter, nie *gegen* die Mutter schützen. Lassen Sie Frauen entscheiden, nicht mehr Staatsanwälte und Richter!

ZUM WEITERLESEN:

Thorsten Körner

In der Männer-Republik

Wie Frauen die Politik eroberten

Kiepenheuer & Witsch 2020



Jacqueline Neumann
et al. (Hg.)

Aktuelle Entwicklungen im Weltanschauungsrecht

Schriftenreihe des ifw, Band 1
Nomos 2019



Anfang der 1970er Jahre: Unterschriftenaktion gegen § 218 StGB